



Hubert Kleinert



# Das vereinte Deutschland

Die  
Geschichte  
1990–2020



---

Das vereinte Deutschland

---

Hubert Kleinert

# Das vereinte Deutschland

Die Geschichte 1990–2020

Hubert Kleinert  
Hochschule für Polizei und Verwaltung Gießen  
Gießen, Deutschland

ISBN 978-3-658-26766-7      ISBN 978-3-658-26767-4 (eBook)  
<https://doi.org/10.1007/978-3-658-26767-4>

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH, ein Teil von Springer Nature 2020

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlags. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von allgemein beschreibenden Bezeichnungen, Marken, Unternehmensnamen etc. in diesem Werk bedeutet nicht, dass diese frei durch jedermann benutzt werden dürfen. Die Berechtigung zur Benutzung unterliegt, auch ohne gesonderten Hinweis hierzu, den Regeln des Markenrechts. Die Rechte des jeweiligen Zeicheninhabers sind zu beachten.

Der Verlag, die Autoren und die Herausgeber gehen davon aus, dass die Angaben und Informationen in diesem Werk zum Zeitpunkt der Veröffentlichung vollständig und korrekt sind. Weder der Verlag, noch die Autoren oder die Herausgeber übernehmen, ausdrücklich oder implizit, Gewähr für den Inhalt des Werkes, etwaige Fehler oder Äußerungen. Der Verlag bleibt im Hinblick auf geografische Zuordnungen und Gebietsbezeichnungen in veröffentlichten Karten und Institutionsadressen neutral.

Coverfotos: ullsteinbild\_ullstein\_high\_00971430.jpg./ullsteinbild\_ullstein\_high\_00010231.jpg/Archiv der Bundesregierung\_00311237/Archiv der Bundesregierung\_00367499

Planung/Lektorat: Frank Schindler

Springer ist ein Imprint der eingetragenen Gesellschaft Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH und ist ein Teil von Springer Nature.

Die Anschrift der Gesellschaft ist: Abraham-Lincoln-Str. 46, 65189 Wiesbaden, Germany

## VORWORT

---

Mit diesem Buch legt der Verfasser den zweiten Band seiner Geschichte der Bundesrepublik Deutschland vor. Nachdem der 2018 veröffentlichte erste Band die Geschichte des geteilten Deutschland bis zur Wiedervereinigung behandelt hat, geht es auf den folgenden Seiten um das neue Deutschland, wie es sich seit 1990 entwickelt hat.

Das Werk handelt von der Geschichte eines mit der Vereinigung größer gewordenen Landes, das mit dem Ende der Vier-Mächte-Verantwortung für Deutschland auch seine vollständige staatliche Souveränität erlangt hatte. Die Sonderrolle, die das geteilte Deutschland bis dahin in der internationalen Politik gespielt hatte, war nun ebenso vorbei wie die Weltordnung der Kalten Krieses, die bis dahin nicht nur den Deutschen die maßgeblichen Rahmenbedingungen gesetzt hatte. Die Geschichte hatte 1989/90 ein neues Kapitel aufgeschlagen, die Deutschen im Herbst 1990 eine Tür ins Unbekannte durchschritten. Was dahinterliegen würde, musste sich noch zeigen.

Die Einheit war staatsrechtlich noch gar nicht vollzogen, als nach dem Einmarsch des Irak in Kuwait bereits klar wurde, dass fortan den Deutschen mit der Bereitschaft zu größerer weltpolitischer Verantwortungsübernahme auch Lasten abverlangt werden würden, auf die sie kaum eingestellt waren. Wie schwierig das werden konnte, zeigte sich dann schon im Golfkrieg Anfang 1991, als Deutschland im Abseits blieb und dafür in anderen westlichen Hauptstädten heftig gescholten wurde. Nun war von »Ablasshandel« die Rede, als die Kohl-Regierung ihre militärische Abstinenz mit dem Scheckbuch zu kompensieren suchte.

Noch dramatischer zeigte sich die Zeitenwende nach dem Ende des Kalten Krieses mit den Bürgerkriegen im zerfallenden Jugoslawien. Sie machten auf verstörende Weise klar, dass mit dem Ende der Konfrontation zwischen Ost und West nicht das Zeitalter des immerwährenden Friedens

angebrochen war, sondern ein neues Aufflammen kriegesischer Auseinandersetzungen entlang nationaler, ethnischer und religiöser Konfliktlinien, die man mitten in Europa längst überwunden glaubte. Nachdem die Bundesregierung mit der staatlichen Anerkennung ehemaliger jugoslawischer Teilrepubliken zunächst noch vorgeprescht war, blieben die Deutschen im Angesicht der Rückkehr eines gewaltsamen Ethnonationalismus dann aber ebenso unentschlossen und vorsichtig wie Europa insgesamt. Zwar fand man sich schließlich zur Beteiligung an internationalen Militärmissionen bereit. Auch in Afghanistan und an vielen anderen Orten der Welt hat sich die Bundeswehr danach immer wieder engagiert, nachdem mit der Entscheidung des Verfassungsgerichts 1994 der Streit um die verfassungsrechtliche Zulässigkeit von »Out of Area«-Einsätzen beendet war. Doch bis heute hält sich im Ausland der Vorwurf einer »deutschen Trittbrettfahrerei« und die Kritik daran, dass die Deutschen die machtpolitische Rolle nicht übernähmen, die ihrem realen Gewicht als Führungsmacht in Europa entspräche. Insoweit bleibt die oft diskutierte Frage nach der »Normalität« deutscher Außenpolitik auch dreißig Jahre nach der Einheit nicht wirklich gelöst.

Deutsche Politik hatte schon in den Monaten zwischen Mauerfall und staatlicher Einheit immer wieder herauszustellen versucht, dass auch das wiedervereinigte Land fest eingebunden bleibe in den Prozess der europäischen Integration, die man sich in den politischen Eliten meist als Entwicklung zu einem europäischen Bundesstaat vorstellte. Tatsächlich ist es in den Jahren nach der staatlichen Einheit vor allem Helmut Kohl gewesen, der die immer engere Integration Europas energisch voranzutreiben versuchte. Freilich mussten der Kanzler und seine Regierungen bald erkennen, dass manchen ihrer Partner an einer echten Politischen Union in Europa gar nicht so sehr viel lag. Am Ende blieben eine halbe politische Union und eine echte Währungsunion, die der Kanzler gegen alle Einwände und Widerstände durchsetzen konnte. Die Hoffnung aber, dass die Währungsunion die weitere Vertiefung eines föderalen Europa zwangsläufig nach sich ziehen müsse, wurde enttäuscht. Inzwischen ist von einem europäischen Bundesstaat nicht einmal mehr als Fernziel die Rede. Und mit der Eurokrise musste sich aufs Neue die Frage stellen, ob die Voraussetzungen für eine gemeinsame Währung 1998 überhaupt vorgelegen hatten. Hatte Helmut Kohl nicht selbst vor dem Bundestag im November 1991 davon gesprochen, dass die Währungsunion ohne echte Politische Union keinen Sinn mache?

Weil der europäische Bundesstaat nicht kam und die Integration nach der Jahrtausendwende in immer neue Krisen geriet, war auch die Möglichkeit versperrt, das Identitätsproblem der Deutschen nach Auschwitz durch eine

»postnationale Identität« zu lösen. Weil die Geschichte des Nationalstaats seit 1990 doch nicht zu Ende gegangen ist, vielmehr auf Sicht der Nationalstaat die Normalform einer politischen Ordnung von Großgemeinschaften bleiben wird, können die Deutschen dem Thema nationaler Identität und nationaler Interessen eigentlich gar nicht ausweichen.

Gleichwohl tun sie sich damit bis heute weit schwerer als andere. Die besondere Diskreditierung des Nationalen und Patriotischen in der deutschen Geschichte durch die Zusammenarbeit von Deutschnationalen und Nationalsozialisten vor 1933 wirkt bis in unsere Tage weiter – trotz der gelegentlich fast schon nassforschenden Töne in der Zeit der Kanzlerschaft von Gerhard Schröder. Insoweit befindet sich deutsche Außenpolitik bis heute in einer Art »Kontinuitätsfalle« und bleibt undeutlich, wo Deutschland seinen Platz und seine machtpolitische Rolle in der internationalen Staatengemeinschaft sieht. Auch wer nur Frieden stiften will, braucht dazu Machtmittel.

Zur Kernfrage des vereinigten Deutschland aber wurde die Bewältigung der Einheit selber. Mit der Währungsunion hatte der Prozess der Deindustrialisierung in der formal noch bestehenden DDR bereits begonnen, noch bevor die Einheitsfeierlichkeiten überhaupt abgeschlossen waren. Dabei wurde rasch deutlich, wie sehr diese Einheit trotz aller Rhetorik von der Würde der DDR-Bürger kein gleichberechtigter Zusammenschluss zweier ehemals getrennter Staaten war, sondern im Wesentlichen die Übernahme der Staats- und Gesellschaftsordnung des größeren Teils durch den kleineren. Dass das zu großen ökonomischen und sozialen Verwerfungen ebenso führen musste wie zu gewaltigen psychologischen Folgeproblemen, war mehr als wahrscheinlich. Würde ein allmähliches Zusammenwachsen des Landes dennoch gelingen?

Nimmt man nur die ökonomische Seite, dann fällt die Bilanz trotz mancher Fehler und andauernder Unterschiede zwischen Ost und West so schlecht gar nicht aus. Die Westdeutschen mögen durch kulturelle Arroganz selbst zu den Zurücksetzungsgefühlen im Osten beigetragen haben, die die Innere Einheit bis heute belasten. Gleichwohl haben sie im Großen und Ganzen doch die Mahnung von Bundespräsident Richard von Weizsäcker durchaus befolgt, der in der Einheitsfeier am 3. Oktober 1990 festgestellt hatte, dass Einheit auch »Teilen« bedeuten müsse. Die ungeheuren finanziellen Lasten, die als Folge der Einheit zu bewältigen waren, haben in erster Linie die westdeutschen Steuer- und Beitragszahler getragen, was ohne Wohlstandsverluste nicht abging. Zieht man nur das materielle Versorgungsniveau der Ostdeutschen heran, dann ist die Einheit trotz aller verstörenden Erfahrungen, wie sie mit Arbeitslosigkeit und sozialem Sta-

tusverlust verbunden waren, so schlecht nicht gelaufen. Die materiellen Angleichungsprozesse sind beachtlich.

Ganz anders steht es um die mentalen Angleichungen, um den eigentlichen Kern der inneren Einheit. Die Hoffnungen, mit einer allmählichen wirtschaftlichen Erholung würde es in den neuen Ländern zu einer Art »nachholenden Modernisierung« im Sinne einer Anpassung an die Normen und Werte der Westgesellschaft kommen, haben sich so nicht erfüllt. Im Gegenteil hat die Art und Weise des Vereinigungsprozesses mentale Unterschiede, die sich aus den verschiedenen Sozialisationsbedingungen in Ost- und Westdeutschland entwickelt hatten, erst so richtig zutage gebracht. Erst der Vereinigungsprozess habe über die vielfältigen Verlust- und Zurücksetzungsgefühle zur Entstehung einer Art »Ostidentität« geführt, die sich im Widerspruch zu den Zumutungen einer als Übernahme gedeuteten Herrschaft des Westens überhaupt erst entwickelt habe, analysieren Transformationsforscher.

Daran ist jedenfalls so viel richtig, als sich gut belegen lässt, dass das Vertrauen in die Institutionen und Spielregeln einer marktwirtschaftlichen Demokratie in Ostdeutschland in den Jahren nach der Wende zunächst immer weiter abgenommen hat. Die Großparteien erschienen vielen ehemaligen DDR-Bürgern als Exportprodukt, die Spielregeln des Westens blieben ihnen fremd. So ist nicht nur die Ostalgiewelle entstanden, die zu Beginn des neuen Jahrtausends vor allem im Westen einige Verwunderung auslöste. Auch die besondere Resonanz der neuen Rechten in Ostdeutschland ist ohne die Spätfolgen schmerzhafter Umbrucherfahrungen nicht zu verstehen.

Missraten ist im Ergebnis der Elitenaustausch. Sicher war beim Aufbau in den neuen Ländern Hilfe aus dem Westen unumgänglich. Wo die alten Funktionseleiten weichen mussten, neue aber in der ehemaligen DDR nicht ausreichend zur Verfügung standen, konnte diese Lücke nur mit Westexporten geschlossen werden. Damit allein aber lässt sich kaum erklären, warum ein Vierteljahrhundert später die gesamtdeutsche Elite eine weitgehend »ossifreie Zone« geblieben ist. Nach einer Studie aus 2016 sind bundesweit nur 1,7 Prozent aller herausgehobenen Spitzenpositionen der deutschen Gesellschaft mit gebürtigen Ostdeutschen besetzt. Eine andere Untersuchung spricht von zwei bis drei Prozent (1). Es mag sein, dass die Prägung durch fehlende Risikobereitschaft und geringerem Aufstiegswillen in der »arbeiterlichen« Gesellschaft des Ostens dabei eine Rolle gespielt haben. Aber dadurch allein lässt sich eine solche Diskrepanz nach so vielen Jahren kaum zureichend erklären. Hier muss etwas gründlich schiefgelaufen sein.



Die beiden Regierungen von Helmut Kohl nach der Einheit hatten sich mit gewaltigen Problebergen herumzuschlagen. Zum schwierigen Management der Einheit kam Europa und das Großprojekt des Euro, das Ausgabenbegrenzungen erzwang, obgleich die gewaltigen Finanzbedarfe für Ostdeutschland anhielten. Gleichzeitig verlangte die Wirtschaft nach Kostensenkungen. Ohne sie werde das Land den Stürmen der Globalisierung und der neuen asiatischen Konkurrenz nicht gewachsen sein. Dass Kohl darüber seine Mehrheit, die schon 1994 tüchtig gewackelt hatte, verlor, war eigentlich keine Überraschung. Zumal die Wähler die Aussicht auf das Ende der DM keineswegs so frohlocken ließ wie die große Mehrheit der politischen Eliten.

Der Wahlsieg von Rot-Grün und die folgende Kanzlerschaft Gerhard Schröders war nicht nur deshalb eine Zäsur, weil mit der Ablösung von Helmut Kohl die bis heute längste Kanzlerschaft in der deutschen Geschichte seit Bismarck zu Ende ging. Erstmals kam jetzt eine völlig neue Regierung ins Amt. Und mit den Grünen war eine noch immer junge Partei dabei, die sich nach ihren radikaleren Anfängen als Teil der »neuen sozialen Bewegungen« inzwischen zwar pragmatisch ein gutes Stück geläutert hatte, für die meisten Bürger aber noch immer in einer Flügelposition eher am linken Rand als in der Mitte des politischen Systems stand. Die Mehrheit der Deutschen wollte 1998 den Wechsel, nicht aber eine grüne Regierungsbeteiligung, haben die Demoskopen damals übereinstimmend herausgefunden.

Freilich erwies sich bald, dass es den »68ern an der Macht« in Wahrheit an einer durchbuchstabierten politischen Reformagenda mangelte. SPD-Chef Lafontaine wollte mit nachfrageorientierter Wirtschafts- und Finanzpolitik die Gerechtigkeitslücke schließen, die er durch Helmut Kohl aufgerissen sah. Der Kanzler dagegen liebäugelte mit einem wirtschaftsfreundlichen Kurs der Innovationsförderung und Steuersenkung. Die Grünen schließlich blieben lange auf ihre Ressorts begrenzt und hatten ansonsten viel mit sich selbst zu tun. Und weil sich auch die gesellschaftliche Grundstimmung kaum mit der von 1969 vergleichen ließ, wurden die Rot-Grünen nie wirklich zu Protagonisten eines gesellschaftlichen Aufbruchs, wie das Brandt und seine Leute seinerzeit gewesen waren. Auch der Versuch einer neuen sozialdemokratischen Sinnstiftung, wie ihn Schröder nach dem Rückzug Lafontaines kurzzeitig mit Tony Blair unternahm, zündete nicht.

So kam es zwar zu einigen bemerkenswerten lebensweltlichen und ökologischen Reformschritten, für die vor allem die Grünen verantwortlich zeichneten. Rot-Grün hat energiepolitische Weichenstellungen geschaffen, deren Wirkung bis heute andauert. Ansonsten blieb vieles Stückwerk, gab es atemberaubende Volten – und viel Inszenierungstheater. Kohl war der

letzte Kanzler, der überwiegend gegen die Medien regierte. Schröder dagegen war der erste, der sich selbst als Medienkanzler verstand und »Bild, BAMS und Glotze« für die wichtigsten Machtressourcen hielt.

Kaum bestritten werden kann, dass die Regierung in den internationalen Konflikten dieser Jahre insgesamt eine gute Figur machen konnte. Dass ausgerechnet Rot-Grün im Kosovo-Konflikt den ersten Kampfeinsatz der Bundeswehr seit 1945 befehligen musste und daran nicht zerbrach, war angesichts der pazifistischen Traditionen der Grünen alles andere als selbstverständlich. Dasselbe gilt für den Afghanistan-Einsatz nach dem 11. September 2001. Richtig lagen Schröder und Fischer schließlich auch mit ihrer Ablehnung des Irak-Krieges. In diesen dramatischen außenpolitischen Fragen bewiesen die Akteure Statur. Daran ändert auch Schröders unglückliches Wort von »unserem deutschen Weg« im Zusammenhang mit dem Irak-Krieg nichts.

Nach ihrer glücklichen Wiederwahl wurden die Rot-Grünen aber im Inneren von denselben Kernfragen eingeholt, an denen schon ihre Vorgänger gescheitert waren. Der Reformbedarf der sozialen Sicherungssysteme in Zeiten hoher Arbeitslosigkeit und verschärfter weltwirtschaftlicher Konkurrenz ließ sich nicht durch Rücknahme der viel kritisierten Reformschritte der Kohl-Regierung lösen. So kam es zu Schröders Agenda-Politik, die an vielen Stellen Ähnliches anstrebte wie die Veränderungen, wie sie vor allem Schäuble ab 1997 betrieben hatte. Dass Schröder schließlich genauso an Lafontaine scheiterte wie es Kohl einige Jahre zuvor ergangen war, als der SPD-Chef die Regierungsinitiativen im Bundesrat auflaufen ließ, lässt sich auch als Ironie der Geschichte verstehen. Wäre Lafontaine 2005 in Saarbrücken geblieben und das Fusionsprojekt »Linkspartei« nicht so schnell gekommen, hätte Schröder vermutlich weiterregieren können – als Chef einer Großen Koalition.

Der Wechsel zu Angela Merkel brachte dann entgegen der Programmatik der CDU-Opposition in der Ära Schröder erstaunlich viel Kontinuität. Dafür sorgte nicht nur die Tatsache, dass die Sozialdemokraten als Juniorpartner in einer Großen Koalition weiter dabei waren. Die Erfahrung der neuen Kanzlerin, dass sie mit einem stark wirtschaftsliberalen Unionsprofil die Bundestagswahl 2005 fast noch verloren hätte, trug dazu ebenso bei wie die politische Agenda. Mit der Finanzkrise 2008 war schließlich die Hegemonie des neoliberalen Denkens im Grunde vorbei.

In die ersten Jahre der Kanzlerschaft Merkels fiel nicht nur die Rückkehr der Union zum Profil einer bürgerlichen Sozialstaatspartei. Bemerkenswert und in ihrem Ausmaß überraschend waren auch die Veränderungen in der christdemokratischen Frauen- und Familienpolitik. Sie orientierten

sich jetzt am Leitbild der erwerbstätigen Frau und zielten auf die Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Bald wurde auch erkennbar, dass die Unionspolitik unter Merkel noch weniger auf festen weltanschaulichen Fundamenten ruhte als die sozialdemokratische Politik unter Gerhard Schröder. Die Kanzlerin zeigte sich immer häufiger als Pragmatikerin des Augenblicks, die auch das aus den Ideen und Programmangeboten der politischen Konkurrenz übernahm, was einigermassen sinnvoll und populär schien. Dass damit auch eine politisch-programmatische Entkernung der Union verbunden war, wurde schon früh genauso kritisch angemerkt wie die Tatsache, dass Angela Merkel weniger auf politischen Wettbewerb und inhaltliche Auseinandersetzung setzte, sondern auf die Wirkung eines präsidentiellen Regierungsstils, der Vertrauen und Verlässlichkeit ihrer Person in den Mittelpunkt rückte. Die damit verbundenen Gefahren für eine lebendige demokratische Debatte wurden durchaus herausgestellt. Die Mehrheit der Deutschen aber nahm daran ebenso wenig Anstoß wie die meisten in ihrer eigenen Partei. Solange nur die Wahlergebnisse einigermassen stimmten.

Dieses Erfolgsrezept änderte sich auch nach 2009 nicht, nachdem die angebliche schwarz-gelbe Wunschkoalition zustande gekommen war. Das Festhalten des freidemokratischen Koalitionspartners am wirtschaftsliberalen Kurs führte unter den Rahmenbedingungen der Eurokrise die FDP am Ende in eine katastrophale Niederlage bei den Bundestagswahlen 2013. Während Angela Merkel mit ihrer »Volkskanzlerschaft« einen regelrechten Wahltriumph feiern konnte, stürzte die FDP ins Bodenlose.

Zum Wendepunkt der Merkeljahre wurde dann die Flüchtlingskrise im Herbst und Winter 2015/2016. Die Wende in der Zuwanderungs- und Asylpolitik und der Ausnahmezustand vom Herbst 2015 führten nicht nur zu einem beispiellosen Zustrom von Asylbewerbern, sondern sorgte auch für den Eindruck wachsenden Kontrollverlusts der Staatsorgane. Das mündete in eine lange nicht mehr erlebte gesellschaftliche Polarisierung, mit der schließlich auch das Ende von Merkels präsidentieller Volkskanzlerschaft verbunden war. Und der Aufstieg einer neuen Rechtspartei, die für die Union bald zum wachsenden Problem wurde.

Tatsächlich haben die Folgen des Flüchtlingszustroms das politische System mehr verändert als alles andere seit der Einheit. Nicht nur, dass die Union seither an Wählerzustimmung erheblich verloren hat und Mehrheitsbildungen in den Parlamenten durch die Konkurrenz von rechts schwieriger geworden sind. Auch die Gräben zwischen Ost und West sind in der Folge der besonderen Stärke der Rechten in den neuen Ländern wieder gewachsen.

Das Wahlergebnis von 2017 war nicht nur ein deutlich sichtbares Zeichen abnehmender Stabilität der deutschen Demokratie. Mit dem Scheitern der Jamaica-Verhandlungen stand erstmals seit 1949 sogar die Möglichkeit einer gescheiterten Regierungsbildung und einer ernsthaften politischen Krise im Raum. Es war vor allem die Standfestigkeit des Bundespräsidenten, die die Sozialdemokraten schließlich dazu brachte, staatspolitische Verantwortung zu übernehmen, was sich freilich für die SPD nicht auszahlte. Im Herbst 2018 drängten Wahlniederlagen in Bayern und Hessen Angela Merkel zum Rückzug vom Parteivorsitz und zur vorzeitigen Ankündigung des Endes ihrer Kanzlerschaft.

Die tektonischen Verschiebungen in der Wählerlandschaft zeigten im Verlaufe des Folgejahres nicht nur einen unaufhaltsam scheinenden Verlust der Bindungskraft der ehemaligen Volksparteien. Die Erfolge von Grünen und AfD sprachen auch für eine wachsende Bedeutung der soziokulturellen Konfliktlinien, auf denen diese beiden Parteien die natürlichen Gegenpole bilden. Auch die Personalwechsel in SPD und CDU brachten keine neue Stabilisierung der alten Großparteien.

So schien das Land Anfang 2020 zerrissen wie nie. Während die Erdwärmung nach Jahrzehnten endlich einen Spitzenplatz auf der Agenda errungen hatte, schwand die Fähigkeit zu Konsens und Kompromiss. Begünstigt durch die modernen Kommunikationsmittel mit ihrer Jagd nach Klicks und Aufmerksamkeit, artikuliert sich Öffentlichkeit immer mehr in kollektiven Erregungszuständen auf moralisierenden Fundamenten. Ob es ums Klima ging oder um den Kampf gegen die neue Rechte – häufig dominierte eine überschießende Aufgeregtheit, die zu Übertreibungen disponiert. Welche politische Mitte das Land künftig zusammenhalten soll, erscheint ungewisser denn je. Ob die existentiellen Krisenerfahrungen, die die Gesellschaft derzeit mit der plötzlich hereingebrochenen Corona-Krise erlebt, daran etwas ändern werden, lässt sich noch nicht sagen. Immerhin stehen die Kanzlerin und ihre Partei im Mai 2020 in neuer Blüte.

Die deutsche Gesellschaft hat sich in den Jahren seit der staatlichen Einheit gehörig verändert. Im Gegensatz zu vielen Prognosen der Demographen hat die Bevölkerung des Landes seit 1990 zugenommen. Verantwortlich dafür ist allein die starke Zuwanderung aus dem Ausland. Während die Zahl der Deutschen ohne Migrationshintergrund kontinuierlich abnimmt, ist die Zahl der Menschen mit Migrationshintergrund allein zwischen 2005 (seither werden diese Daten erst erhoben) und 2019 von 14 auf 21 Millionen gewachsen. Lebten 1990 5,3 Millionen Ausländer in Deutschland, sind es heute mehr als elf Millionen.

Wohl wird die Mehrzahl von Einwanderern von Menschen aus europä-

ischen Ländern gestellt. Doch vor allem der massenhafte Zuzug aus dem Nahen Osten und aus Afrika wirft eine Fülle von Integrationsproblemen auf, mit der die Aufnahmegesellschaft zurechtkommen muss. Gemessen am Umfang der Probleme hat die deutsche Gesellschaft in ihrer großen Mehrheit dabei ein hohes Maß an Integrationsbereitschaft bewiesen. Zwar war schon in den Jahren 1992/93 sichtbar geworden, dass die Massenzuwanderung auch große Ängste auslöste und eine aufgeheizte Stimmung im Lande schuf. Die Bilder von den brennenden Asylbewerberheimen verdunkelten in dieser Zeit das Bild vom neuen Deutschland. Doch mit dem Rückgang der Zahlen trat in den Folgejahren eine gewisse Entspannung der Lage ein.

Mit der Flüchtlingskrise 2015/16 strömten dann Zuwanderer in noch größerem Umfang ins Land. Zwar hat das letztlich eine regelrechte Erosion des Parteiensystems zur Folge gehabt und zu schweren Auseinandersetzungen geführt. Aber auch andere westliche Gesellschaften hätten sich mit diesem Ausmaß an Veränderungen, die sich auch in der Lebenswelt vieler Bürger auswirken, ganz sicher nicht leichter getan. Vergleichsuntersuchungen deuten sogar darauf hin, dass in einigen anderen großen westeuropäischen Ländern die Ablehnung von Zuwanderern und die Ressentiments gegen Migranten verbreiteter sind als in Deutschland (2). Insoweit ist die immer wieder aufkeimende Befürchtung vor besonderen »rassistischen« Neigungen der Deutschen eher eine Schimäre, die vor allem zeigt, wie vergangenheitsbezogen die Selbstwahrnehmung in Deutschland noch immer oder gerade heute wieder beschaffen ist.

Wirtschaftlich waren die Jahre zwischen 1992 und 2005 von krisenhaften Entwicklungen bestimmt. Die Zahl der Arbeitslosen lag in dieser Zeit kontinuierlich über 3,5 Millionen, die Staatsverschuldung erreichte nie dagewesene Rekordhöhen. Die Mehrheit der Menschen in den Ländern der alten Bundesrepublik war in dieser Zeit mit Reallohnverlusten konfrontiert. Erst in der Merkel-Ära hat sich die wirtschaftliche Lage deutlich aufgehellt und wurden Beschäftigungsrekorde erreicht.

Gestiegen ist dabei die Spreizung der Einkommen. Nicht nur, dass die Zahl der »atypischen Beschäftigungsverhältnisse« über lange Zeit deutlich zugenommen hat. Auch der explosionsartige Anstieg der Einkommen der Spitzenverdiener hat das Gerechtigkeitsempfinden vieler Menschen verletzt. Der Anteil der Kapitaleinkünfte ist gegenüber dem Einkommen aus Erwerbsarbeit deutlich gestiegen. Das hat zu einer gewachsenen Schere der Vermögen geführt. Inzwischen wird sogar von einer »Refeudalisierung« gesprochen. Herkunft und Geburt spielen für die Lebenschancen von Menschen eine wieder wachsende Rolle.

Das ist vor allem ein Ergebnis des »Shareholder Value«, der trotz der Finanzkrise auch heute das Gesicht des modernen Finanzkapitalismus wesentlich prägt. Der »rheinische Kapitalismus« mit seinem korporativen Netz von Politik, Wirtschaft und Gewerkschaften gehört in weiten Teilen der Vergangenheit an. Und trotz positiver Arbeitsmarktzahlen hat der Wirtschaftsaufschwung eine Mehrheit der Gesellschaft erst in den allerletzten Jahren wirklich spürbar erreicht.

Einschneidende kulturellen Veränderungen hat in diesen Jahren die digitale Revolution ausgelöst. Nachdem bereits der Siegeszug des Privatfernsehens in den frühen 1990er Jahren zu Veränderungen der Medienwelt mit Rückwirkungen auf die Wahrnehmung von Politik und Gesellschaft geführt hatte, haben das Internet und die beinahe flächendeckende Verbreitung des Handys, das bald auch den mobilen Internetzugang ermöglichte, die Kommunikationsstrukturen der Gesellschaft geradezu revolutioniert. Die klassischen Printmedien erleben seit anderthalb Jahrzehnten einen Niedergang. Nachrichtenproduktion und Nachrichtenkonsum haben sich gewaltig beschleunigt. Die Bilderwelt der »social networks« führt zu einer Affektintensivierung, die manche schon von einer »Gesellschaft der Extreme« sprechen lässt, in der abwägende, diskursive Auseinandersetzung gegenüber moralisierenden Stimmungskonjunkturen immer schwerer möglich sei. Angetrieben durch die Entwicklung der digitalen Medien, verlagern sich politische Debatten in autonome Teilöffentlichkeiten. Der Zusammenhalt von Gesellschaften erscheint vor diesem Hintergrund schwieriger denn je.

Zu keiner Zeit ist Deutschland in den letzten dreißig Jahren zu einer echten Gefahr für seine Nachbarn und Partner geworden. Insoweit waren alle da und dort im Ausland 1990 geäußerten Sorgen vor der Rolle des größer gewordenen Deutschland unbegründet. Gleichwohl wird sich kaum davon sprechen lassen, dass Deutschland seinen Platz als wichtiger und in Europa tatsächlich auch führender Teil der Staatengemeinschaft inzwischen gefunden habe. Insoweit steht die »Normalisierung« im Sinne einer Selbstanerkennung des vereinigten Deutschland als »gewöhnlicher westlicher Nationalstaat« weiter aus. In der internationalen Publizistik ist die Sorge vor der deutschen Neigung zu »Sonderwegen« in den letzten Jahren sogar wieder häufiger artikuliert worden.

Das ist ein Grund, warum sich die letzten Jahrzehnte nicht einfach als »Erfolgsgeschichte« fassen lassen, wie das für die Bundesrepublik Deutschland bis 1989 noch gelten konnte. Wirtschaftlich ist das vereinigte Deutschland keineswegs stärker als es Westdeutschland im Kalten Krieg einmal war. Und auch politisch tut sich das Land mit seiner Rolle schwer. Das

Deutschland von heute möchte kein »Machtstaat« konventionellen Zuschnitts sein und betont mehr als andere seine moralische Wertegebundenheit in der internationalen Politik. Gleichzeitig aber muss es sich von anderen vorhalten lassen, mit der Verweigerung weltpolitischer Verantwortungsübernahme zur Schwächung Europas beizutragen. Bei riskanteren Militärmissionen beschränkt es sich nicht selten auf eher symbolische Beiträge. Und der Versuch, in der Flüchtlingskrise 2015 eine Art überlegene Moralität für sich zu reklamieren, hat in vielen Partnerländern eher Irritation ausgelöst. Noch immer spielt hier der übergroße Schatten der Vergangenheit eine große Rolle.

So lässt sich die Geschichte des vereinigten Deutschland kaum zutreffend mit Begriffen wie »Der Aufsteiger« kennzeichnen (3). Gewiss, die deutsche Hauptstadt ist als touristische Destination »in«. Junge Leute aus aller Herren Länder strömen dorthin. Deutschland genießt in vielen Teilen der Welt großes Ansehen. Das »Sommermärchen« von 2006 war ein Welterfolg. Aber Deutschland als Aufsteiger? Als die führenden Repräsentanten der Industrieländer 1978 zum Weltwirtschaftsgipfel in Bonn zusammenkamen, war Helmut Schmidt der Star und galt die Hoffnung, Deutschland möge die Rolle einer Lokomotive der Weltwirtschaft übernehmen.

Heute wird man kritisch die Frage stellen müssen, welchen Beitrag die deutsche Außenpolitik zur Lösung der Syrien-Krise eigentlich geleistet hat. Die Bilanz der letzten Jahrzehnte ist jedenfalls viel zu durchwachsen, als dass sich einfach von einer »Aufstiegsgeschichte« sprechen ließe. Angesichts der gewaltigen Probleme, die das Land allein schon mit sich selbst und den Folgen der Einheit hatte, konnte das wohl auch gar nicht anders sein.

Auch in diesem Band findet der Leser den Versuch, die politische Geschichte mit einer Gesellschaftsgeschichte zu verknüpfen. Deshalb habe ich zu jedem Zeitabschnitt eigene Kapitel zu Wirtschaft und Gesellschaft angefügt. Dabei spielen die Medienrevolutionen eine besondere Rolle. Etwas breiter als im ersten Band wird auch auf den Sport eingegangen, was sich durch seine gestiegene kulturelle wie ökonomische Bedeutung gut rechtfertigen lässt.

Natürlich bedeutete das Vorhaben, eine Geschichte der dreißig Jahre des vereinigten Deutschlands zu schreiben, eine gewaltige Herausforderung. Über noch nicht lang zurückliegende Zeitabschnitte zu schreiben und zu urteilen, ist schwieriger als über die Ära Adenauer oder die sozialliberalen Jahre. Während sich bei der Bearbeitung des »Geteilten Deutschland« in vielen Fällen auf einen einigermaßen gesicherten Forschungsstand zurückgreifen ließ und selbst die Kontroversen der Historiker einigermaßen

überschaubar sind, betritt man bei kürzer zurückliegenden Zeitabschnitten viel ungesichertes Terrain. Die Fülle der Fakten und Ereignisse sinnvoll zu ordnen und Maßstäbe für ihre Interpretation zu finden, ist weit schwieriger und manchmal auch gewagter.

Auch für diesen Band bildeten die einschlägigen Dokumentenbände, Quellen- und Archivmaterialien eine zentrale Grundlage. Dazu trat die Bearbeitung der gewaltigen Menge an Sekundärliteratur, wie sie vor allem für das Thema Deutsche Einheit und die Jahre bis zum Ende der Ära Schröder vorliegt. Auch zentrale Fragen aus den Jahren der Kanzlerschaft Angela Merckels sind inzwischen umfangreich bearbeitet. Dies gilt besonders für die weltweite Finanzkrise in den Jahren ab 2007/2008. Auch zur »Flüchtlingskrise« 2015/2016 ist breit publiziert worden, wobei Gesamtdarstellungen bislang noch selten sind. Die bis heute aufschlussreichste hat Robin Alexander geliefert.

Aufgrund der zeitlichen Nähe des Untersuchungsgegenstands hat die Auswertung von Quellenmaterial in diesem Band eine deutlich größere Rolle gespielt als in der »Geschichte des geteilten Deutschland«. So musste ich vor allem für die Zeit der Merkel-Regierungen sehr viel stärker auf Zeitungsarchive und online-Veröffentlichungen zurückgreifen. Das liegt in der Natur der Sache.

Hilfreich waren auch für diese Arbeit Biographien und Autobiographien. Das gilt vor allem für die biographischen Studien zu Helmut Kohl und Gerhard Schröder, unter denen die Kohl-Biographie von Hans-Peter Schwarz und die Schröder-Biographie von Gregor Schöllgen besonders hervorzuheben sind. An Angela Merkel haben sich inzwischen viele Autoren versucht. Natürlich ist auch diese Literatur gesichtet und ausgewertet worden.

Im Unterschied zum ersten Band habe ich diesmal auch die Notwendigkeit gesehen, den durch Quellen- und Literaturstudium vorhandenen Kenntnisstand durch Interviews anzureichern. Deshalb habe ich drei ausführliche Interviews mit Friedrich Bohl, Bodo Hombach und Jürgen Rüttgers geführt. Vom ehemaligen Kanzleramtsminister Bohl erhoffte ich mir weitere Einblicke in die Spätphase der Regierung Kohl und die Amtsführung des »Kanzlers der Einheit«. Jürgen Rüttgers war für mich darüber hinaus auch für die Oppositionsjahre der Union 1998–2005 und die Einschätzung der politischen Rolle von Angela Merkel von besonderem Interesse. Bodo Hombach schließlich gilt als Zentralfigur bei den Versuchen einer neuen sozialdemokratischen Sinnstiftung am Beginn der rot-grünen Jahre, wie sie sich im Begriff der »Neuen Mitte« und dem »Schröder-Blair«-Papier ausgedrückt haben. Darüber hinaus sind auch Informationen aus kür-



zeren Einzelgesprächen mit Akteuren da und dort eingeflossen. Hilfreich war u. a. ein Gespräch mit Jürgen Trittin.

Ich habe die Jahre bis 2002 selbst aus großer Nähe erlebt und bin an einzelnen Stellen auch selbst noch als Akteur aufgetreten. Natürlich hat diese Nähe manchmal Informationszugänge und Einblicke ermöglicht, die sonst erst mühsam hätten recherchiert werden müssen. Dies gilt besonders für Vorgänge, die die Grünen betrafen. Zugleich aber waren schon meine letzten Jahre in Bonn ganz überwiegend von einer Beobachterperspektive bestimmt, was dem nüchternen und distanzierteren Blick entgegengekommen sein müsste. Seit meinem definitiven Abschied aus der Politik 2002 gilt für mich ohnehin allein der Blickwinkel des politikwissenschaftlichen Beobachters und Historikers.

Kurz vor dem Abschluss der Arbeiten hat der Ausbruch der weltweiten Corona-Pandemie für eine plötzliche und unerwartete Veränderung nicht nur der politischen Agenda gesorgt. Das Ausmaß der Gefährdungslage hat zu einschneidenden und beispiellosen Veränderungen des Alltagslebens und zu Einschränkungen von Grundrechten geführt, die in dieser Form noch vor kurzem undenkbar schienen. Damit sind wirtschaftliche und soziale Folgeprobleme verbunden, die in ihrem Ausmaß heute noch gar nicht genau abschätzbar sind. Zugleich hat sich die Rolle der Politik in den Augen vieler Bürger erst einmal verändert. Fast über Nacht stand mit der Krise auch der Bedarf an den klassischen Tugenden der Politik wieder im Mittelpunkt. Leidenschaft zur Sache, Verantwortung und Augenmaß sind gefragt wie lange nicht. Ob das auch auf längere Sicht zu Veränderungen führen wird – der Verfasser ist da eher skeptisch.

Natürlich mussten auch diese jüngsten Entwicklungen berücksichtigt werden. Deshalb findet der Leser ein eigenes Corona-Kapitel am Ende der Merkel-Jahre. Ebenso klar ist freilich auch, dass zuverlässige Prognosen über Dauer und gesellschaftliche Langzeitwirkungen dieser Krise auch im Mai 2020 noch nicht möglich sind. Sicher ist, dass auch Deutschland mit den Folgen lange zu tun haben wird. Was das für die Entwicklung des politischen und gesellschaftlichen Systems dauerhaft bedeutet, kann heute niemand genau wissen.

Marburg, im Mai 2020  
Hubert Kleinert

# INHALT

---

|                                                                               |            |
|-------------------------------------------------------------------------------|------------|
| <b>VORWORT</b>                                                                | <b>V</b>   |
| <b>1 EIN SCHWERER START</b>                                                   | <b>1</b>   |
| 1.1 Deutschland und der Golfkrieg                                             | 1          |
| 1.2 Die neue Bundesregierung und der »Aufbau Ost«                             | 5          |
| 1.3 Die Krise in den neuen Ländern und die Treuhand                           | 9          |
| 1.4 Stasi und kein Ende                                                       | 17         |
| 1.5 Ausländerpolitik im wiedervereinigten Deutschland –<br>Das neue Asylrecht | 22         |
| 1.6 Deutschland und der Krieg in Jugoslawien                                  | 27         |
| 1.7 Der Vertrag von Maastricht und die Gründung der EU                        | 37         |
| 1.8 Deutschland und die Auflösung der Sowjetunion                             | 42         |
| 1.9 Deutschland, Amerika und die NATO                                         | 45         |
| 1.10 Innenpolitik: Der Verdruss wächst                                        | 48         |
| 1.11 Neuformierung der Parteien und Ministerrotation in Bonn                  | 51         |
| 1.12 Die Prozesse gegen die ehemalige DDR-Staatsführung                       | 58         |
| 1.13 Erich Honecker                                                           | 64         |
| 1.14 Das Krisenjahr 1993                                                      | 72         |
| 1.15 Wende im Wahljahr                                                        | 77         |
| <b>2 ABSCHIED VOM »EWIGEN KANZLER« –<br/>DIE LETZTEN JAHRE DER ÄRA KOHL</b>   | <b>87</b>  |
| 2.1 Innenpolitische Weichenstellungen                                         | 87         |
| 2.2 Der Osten und die zweite Phase der Vereinigungskrise                      | 97         |
| 2.3 Der Euro                                                                  | 101        |
| 2.4 Die Innenpolitik: Ruckrede, Steuerreform und Reformblockade               | 108        |
| 2.5 Kohl oder Schäuble                                                        | 113        |
|                                                                               | <b>XIX</b> |

|      |                                                                                      |     |
|------|--------------------------------------------------------------------------------------|-----|
| XX   | Inhalt                                                                               |     |
| 2.6  | Wir sind bereit: Oskar Lafontaine und Gerhard Schröder                               | 116 |
| 2.7  | Die Bundestagswahl 1998                                                              | 120 |
| 2.8  | Helmut Kohl                                                                          | 127 |
| 3    | <b>DEUTSCHLAND IN DEN NEUNZIGER JAHREN –<br/>WIRTSCHAFT, GESELLSCHAFT UND KULTUR</b> | 141 |
| 3.1  | Wirtschaftliche Schwächezeichen und Strukturprobleme<br>des Sozialstaats             | 141 |
| 3.2  | Die wirtschaftlichen Folgen der Deutschen Einheit                                    | 147 |
| 3.3  | Die innere Einheit                                                                   | 154 |
| 3.4  | Die rechtliche und politische Aufarbeitung der SED-Diktatur                          | 162 |
| 3.5  | Einwanderungsgesellschaft Deutschland                                                | 168 |
| 3.6  | Medienrevolution und Digitalisierung                                                 | 172 |
| 3.7  | Die kulturelle Einheit                                                               | 176 |
| 3.8  | Geteilte Erinnerungskultur, geteiltes Geschichtsbild                                 | 179 |
| 3.9  | Die deutsche Gesellschaft am Ende des 20. Jahrhunderts                               | 183 |
| 3.10 | Kunst und Kultur im vereinigten Deutschland                                          | 188 |
| 4    | <b>ROT-GRÜN AN DER MACHT – DEUTSCHLAND 1998 – 2005</b>                               | 203 |
| 4.1  | Die Koalition steht                                                                  | 203 |
| 4.2  | Ein missratener Start                                                                | 208 |
| 4.3  | Der Rücktritt                                                                        | 215 |
| 4.4  | Rot-Grün und der Kosovo-Krieg                                                        | 219 |
| 4.5  | Der »Dritte Weg«: Neue Sinnstiftung oder PR-Coup?<br>Das Schröder-Blair-Papier       | 224 |
| 4.6  | Ein Herbst des Missvergnügens                                                        | 227 |
| 4.7  | Der Finanzskandal der Union                                                          | 229 |
| 4.8  | Rot-Grün stabilisiert sich                                                           | 233 |
| 4.9  | Das Fremdeln der Grünen mit der Regierungsrolle                                      | 242 |
| 4.10 | Kampf um kulturelle Hegemonie                                                        | 244 |
| 4.11 | Der 11. September 2001 und Rot-Grün                                                  | 251 |
| 4.12 | Die Außenpolitik der ersten Regierung Schröder                                       | 259 |
| 4.13 | Konjunkturinbruch und die Politik der ruhigen Hand                                   | 264 |
| 4.14 | Die Opposition am Vorabend des Bundestagswahlkampfs 2002                             | 266 |
| 4.15 | Die Bundestagswahl 2002                                                              | 269 |
| 4.16 | Der zweite Fehlstart                                                                 | 275 |
| 4.17 | »I am not convinced« – Das deutsche Nein zum Irak-Krieg                              | 278 |
| 4.18 | Die Agenda 2010                                                                      | 290 |
| 4.19 | Die Protestwelle – Montagsdemonstrationen, WASG<br>und Linkspartei                   | 297 |

|          |                                                                         |            |
|----------|-------------------------------------------------------------------------|------------|
| 4.20     | Rot-Grün in der zweiten Legislaturperiode                               | 301        |
| 4.21     | Das Ende von Rot-Grün                                                   | 305        |
| 4.22     | Wahlkampf in aussichtsloser Lage                                        | 310        |
| 4.23     | Rot-Grün und die Kanzlerschaft Gerhard Schröders – Eine Bilanz          | 314        |
| <b>5</b> | <b>DEUTSCHLAND AM BEGINN DES NEUEN<br/>JAHRTAUSENDS</b>                 | <b>329</b> |
| 5.1      | Die wirtschaftliche Entwicklung in den Jahren<br>der Regierung Schröder | 329        |
| 5.2      | Ende des rheinischen Kapitalismus?                                      | 333        |
| 5.3      | Das deutsche Bildungssystem am Beginn des 21. Jahrhunderts              | 335        |
| 5.4      | Der Aufbau Ost in den rot-grünen Jahren                                 | 338        |
| 5.5      | Das Parteiensystem um die Jahrtausendwende                              | 340        |
| 5.6      | Kultur am Beginn des neuen Jahrtausends                                 | 349        |
| 5.7      | Wir sind Papst                                                          | 363        |
| <b>6</b> | <b>DIE ÄRA MERKEL – AUFSTIEG UND ERFOLG (2005 – 2013)</b>               | <b>367</b> |
| 6.1      | Die erste Regierung Merkel                                              | 367        |
| 6.2      | Die Große Koalition 2005–2009                                           | 370        |
| 6.3      | Die Finanzkrise und ihre Folgen                                         | 385        |
| 6.4      | Die Parteien vor der Bundestagswahl 2009                                | 396        |
| 6.5      | Die Bundestagswahl 2009                                                 | 406        |
| 6.6      | Die Regierung Merkel und die Eurokrise                                  | 410        |
| 6.7      | Guttenberg, Fukushima und der Atomausstieg II                           | 420        |
| 6.8      | Das Wahljahr 2011                                                       | 426        |
| 6.9      | Neue Wellen des Protests                                                | 432        |
| 6.10     | Die Präsidentschaftskrise                                               | 435        |
| 6.11     | Dauerstreit ums Wahlrecht                                               | 442        |
| 6.12     | Das Parteiensystem vor der Bundestagswahl 2013                          | 445        |
| 6.13     | Bilanz der zweiten Regierung Merkel                                     | 454        |
| 6.14     | Die Bundestagswahl 2013                                                 | 461        |
| <b>7</b> | <b>MERKELDÄMMERUNG</b>                                                  | <b>471</b> |
| 7.1      | Die dritte Große Koalition                                              | 471        |
| 7.2      | Griechenland-Rettung und Ukraine-Krise                                  | 475        |
| 7.3      | Die Flüchtlingskrise                                                    | 482        |
| 7.4      | Die Folgen der Flüchtlingskrise                                         | 506        |
| 7.5      | Der Aufstieg der AfD                                                    | 516        |
| 7.6      | Die Innenpolitik der Großen Koalition                                   | 519        |
| 7.7      | Verschiebungen in der Parteienlandschaft                                | 526        |

## XXII Inhalt

|          |                                                                                                    |            |
|----------|----------------------------------------------------------------------------------------------------|------------|
| 7.8      | Die polarisierte Gesellschaft – PEGIDA und die Folgen                                              | 536        |
| 7.9      | Die deutsche Außenpolitik, Europa und der Brexit                                                   | 540        |
| 7.10     | Die Bundestagswahl 2017                                                                            | 546        |
| 7.11     | Die schwierige Regierungsbildung                                                                   | 558        |
| 7.12     | Merkel und Seehofer – Ein Sommer des Missvergnügens                                                | 566        |
| 7.13     | Deutschland, Amerika und die Krise der europäischen Union                                          | 572        |
| 7.14     | Ende einer Ära in Sicht                                                                            | 577        |
| 7.15     | Klimapolitik, Aufstieg der Grünen und Europawahlen 2019                                            | 582        |
| 7.16     | Corona und die Folgen                                                                              | 594        |
| 7.17     | »Ich respektiere sie, aber ich kann sie nicht richtig erkennen« –<br>Angela Merkel und ihre Bilanz | 602        |
| <b>8</b> | <b>DIE DEUTSCHE GESELLSCHAFT IN DER ÄRA MERKEL</b>                                                 | <b>613</b> |
| 8.1      | Die Wirtschaft wächst                                                                              | 613        |
| 8.2      | Gesellschaftliches Engagement in der Ära Merkel                                                    | 619        |
| 8.3      | Die digitale Gesellschaft                                                                          | 623        |
| 8.4      | Digitalisierung und Wirtschaft – Industrie 4.0                                                     | 629        |
| 8.5      | Kultur und Gesellschaft heute                                                                      | 632        |
| 8.6      | Deutschland – Ein multikulturelles Land                                                            | 651        |
| 8.7      | Deutsche Einheit heute                                                                             | 658        |
| 8.8      | Deutschland heute                                                                                  | 663        |
| <b>9</b> | <b>DAS NEUE DEUTSCHLAND</b>                                                                        | <b>669</b> |
|          | <b>ANMERKUNGEN</b>                                                                                 | <b>689</b> |
|          | <b>QUELLEN UND LITERATUR</b>                                                                       | <b>801</b> |
|          | <b>PERSONENREGISTER</b>                                                                            | <b>881</b> |



# 1 EIN SCHWERER START

---

## 1.1 DEUTSCHLAND UND DER GOLFKRIEG

Als nach zähen Verhandlungen die erste aus Wahlen hervorgegangene gesamtdeutsche Regierungsbildung am 17. Januar 1991 endlich abgeschlossen war, hielt sich die öffentliche Anteilnahme in Grenzen. Die Wahl Helmut Kohls zum Bundeskanzler wurde überschattet von Vorgängen mit weltpolitischer Dimension. In der Nacht zuvor hatte ein von der UNO mandatiertes Militärbündnis von 34 Staaten unter Führung der USA mit massiven Luftschlägen den Krieg gegen den von Diktator Saddam Hussein geführten Irak begonnen. Die Operation »Desert Storm« nahm ihren Anfang. Über 500 000 Soldaten, 2000 Panzer und 1800 Flugzeuge waren unter dem Kommando des amerikanischen Generals Norman Schwarzkopf dafür aufgeboden worden.

Im Windschatten der auf die Veränderungen in Deutschland und Europa fixierten Weltöffentlichkeit hatten irakische Truppen Anfang August 1990 den Ölstaat Kuwait überfallen, um sich dessen gewaltige Ölreserven zu sichern. Mit Unterstützung der Sowjetunion verurteilte der UN-Sicherheitsrat postwendend die Invasion und forderte den Rückzug der Truppenverbände. Gleichzeitig begannen diplomatische Bemühungen um eine friedliche Lösung. Im November 1990 unternahm auch Altkanzler Brandt als Chef der Sozialistischen Internationale eine Reise nach Bagdad, um Saddam zum Einlenken zu bewegen (1).

Am Ende aber blieben alle diplomatischen Initiativen vergeblich. Mit der Resolution 678 des UN-Sicherheitsrates hatte die Staatengemeinschaft dem Irak ein Ultimatum gestellt und militärische Aktionen für den Fall vorgesehen, dass sich Saddam Hussein bis zum 15. Januar 1991 nicht aus Kuwait zurückzog. Nachdem der Termin verstrichen war, waren jetzt die Militärs am

Zuge. Als Reaktion auf die amerikanischen Luftangriffe rief der irakische Diktator den »heiligen Krieg« aus und startete Raketenangriffe auf Israel. Doch seine Hoffnung, damit die arabische Welt auf seine Seite ziehen zu können, blieb vergeblich. Am 24. Februar begann eine amerikanische Bodenoffensive. Bereits nach wenigen Tagen mussten sich die irakischen Verbände aus Kuwait zurückziehen. Die amerikanischen Truppen verfolgten die sich auflösenden Militäreinheiten zwar bis tief in den Irak hinein, verzichteten aber am Ende auf die Eroberung Bagdads und die Entmachtung Saddams. Stattdessen ermunterten die USA die Kurden zu einem Volksaufstand im Norden des Landes. Der aber wurde vom irakischen Militär brutal niedergeschlagen. Millionen von Kurden flohen in die Türkei und den Iran.

Ähnlich erging es den aufständischen Schiiten im Süden des Landes. Auch ihre Rebellion wurde gewaltsam niedergemacht. Am 12. April 1991 trat ein Waffenstillstand in Kraft, der zwar Flugverbotszonen für das irakische Militär in den aufständischen Gebieten vorsah, ansonsten aber Saddam Hussein die Möglichkeit ließ, seine Macht zu behaupten (2).

Das neue Deutschland und seine Regierung sahen sich nur wenige Wochen nach der staatlichen Einheit mit Anforderungen konfrontiert, auf die sie nicht eingestellt waren. Mit dem Ende des Kalten Krieges galten vertraute Grundkonstanten bundesdeutscher Außenpolitik nicht mehr. Bereits im August 1990 hatten die Amerikaner die Kohl-Regierung aufgefordert, sich an einem möglichen Unternehmen einer internationalen Koalition gegen den Irak zu beteiligen. Im Kriegsfall sollten auch deutsche Truppen an den Golf entsandt werden. Kohl aber lehnte ab. Zur Begründung verwies er auf das Grundgesetz, das eine Beteiligung von Bundeswehrverbänden an Kampfhandlungen außerhalb des NATO-Gebiets verbiete. Diese Rechtsauffassung war seit langer Zeit besonders vom Auswärtigen Amt vertreten worden.

An der Finanzierung des Krieges beteiligte sich Deutschland freilich doch – wie auch Saudi-Arabien und Japan. Entsprechende Zusagen hatte Helmut Kohl Außenminister Baker bereits im September 1990 gemacht. Auch logistische Unterstützung wurde zur Verfügung gestellt (3). Gleichzeitig erklärte man den Amerikanern, die Regierung werde sich im künftigen Bundestag um eine Verfassungsänderung bemühen. Dies erfordere freilich die Mitwirkung der Opposition (4).

Zunächst war Kohl, der auch persönlich eine gewaltsame Lösung überaus skeptisch beurteilte, nach Kräften bemüht gewesen, zu einer diplomatischen Lösung beizutragen. So unterstützte die Regierung auch die Initiativen von Michael Gorbatschow, deren Chancen in anderen westlichen Hauptstädten aber als gering eingeschätzt wurden. Schwierig wurde die

Lage für die Bundesregierung, als die Türkei kurz vor Weihnachten 1990 die NATO um militärischen Beistand bat und die Planer der Allianz darauf drängten, die multinationalen Mobilen Einsatzkräfte (AMF) nach Anatolien zu verlegen. Ob die Bundeswehr dem NATO-Alliierten Türkei Beistand leisten müsse und ob ein irakischer Luftangriff auf türkische Flughäfen überhaupt als Bündnisfall zu betrachten sei, darüber kam es jetzt unter Beamten, Militärs und Spitzenpolitikern in Bonn zu heftigen Kontroversen. Im Auswärtigen Amt grassierte die Befürchtung, die Türkei könne einen »provzierten Bündnisfall« auslösen, um damit einen Feldzug im nordirakischen Kurdengebiet zu rechtfertigen. Gleichwohl wurden im Januar 18 veraltete Jagdbomber in die Türkei entsandt, allerdings weit von der irakischen Grenze stationiert – eher eine symbolische Geste (5).

Nachdem die Bundesregierung in den Tagen nach dem Beginn der Bombenangriffe öffentliche Stellungnahmen weitgehend vermieden hatte, wurde Deutschland in den Hauptstädten der westlichen Bündnispartner immer heftiger kritisiert. Von »Scheckbuch-Diplomatie« und »Ablasshandel« war die Rede. Kohl musste befürchten, dass Deutschland sich isolierte (6).

Die Kritik im Westen, vor allem aber die irakischen Raketenangriffe auf Israel, veränderte dann die Haltung in Bonn. Der Kanzler schickte eine Regierungsdelegation unter Führung von Außenminister Genscher nach Israel, die ermächtigt wurde, modernste deutsche Patriot-Abwehrraketen zur Abwehr der irakischen Raketen anzubieten. Die Israelis kamen zwar am Ende auch ohne die deutschen Raketen aus. Wenig später aber wurde vereinbart, ihnen aus Beständen der NVA allerhand militärisches Material zur Verfügung zu stellen, darunter auch acht Spürpanzer »Fuchs«. Dazu wurde die Lieferung von zwei U-Booten vereinbart. Mit den bis dahin geltenden Grundsätzen deutscher Waffenexportpolitik war das kaum zu vereinbaren (7). In die Türkei wurden moderne Flugabwehrbatterien entsandt, gewartet von Soldaten der Luftwaffe. Gleichzeitig rang man sich in Bonn zu einer eindeutigen politischen Unterstützung der Militäraktion im Irak durch (8).

Am Ende hat die Bundesrepublik zu den über 60 Milliarden Dollar Kriegskosten knapp zehn Milliarden beigetragen. Im Mai 1991 nannte Regierungssprecher Vogel die Summe von achtzehn Milliarden DM. Die Entsendung einer Fallschirmjägerbrigade wäre für Deutschland einfacher und billiger gewesen, hatte Kohl schon 1990 gegenüber Außenminister Baker erklärt (9). Von den 18 Milliarden gingen etwa 10,3 Milliarden an die USA, während die Türkei 1,5 Milliarden erhielt. Hohe Beträge wurden auch im Rahmen der humanitären Soforthilfe für die Flüchtlinge und Vertriebe-



nen aus Kuwait und zur wirtschaftlichen Stabilisierung der Länder des Nahen Ostens aufgewendet. Sie flossen in die »Frontstaaten« Ägypten, Türkei und Jordanien. Etwa 30 Prozent der Kosten für humanitäre Hilfsmaßnahmen im Zusammenhang mit dem Golf-Krieg wurden von Deutschland getragen (10).

Die zögerliche und im Westen als »Laschheit« und »Leisetreterei« kritisierte Position der Regierung hatte auch mit einer öffentlichen Stimmungslage im Lande zu tun, die von pazifistischen Grundströmungen bestimmt war. »Kein Blut für Öl« hieß die Losung der vielen Kritiker, die das amerikanische Vorgehen vor allem durch ökonomische Interessen der Supermacht bestimmt sahen. Kirchenleute und Linksintellektuelle riefen amerikanische Soldaten offen zur Desertion auf. Auch die umfangreiche Berichterstattung in den Medien trug zur allgemeinen Aufgeregtheit bei. Von einer »gewissen Hysterisierung« spricht der Historiker Ulrich Herbert, »die sich in dem verbreiteten, zum Teil etwas katastrophenseligen Empfinden niederschlug, nun womöglich den Beginn des Dritten Weltkriegs mitzuerleben« (11). In vielen Großstädten kam es zu Massendemonstrationen. Am 26. Januar 1991 versammelten sich allein in Bonn über 200 000 Menschen, um gegen den Krieg zu protestieren.

Die Befürworter des amerikanischen Vorgehens hatten demgegenüber einen schweren Stand. Nur vereinzelt regten sich Gegenstimmen, die wie der prominente Linksintellektuelle Hans Magnus Enzensberger oder Liedermacher Wolf Biermann das amerikanische Vorgehen verteidigten. Enzensberger verglich den irakischen Diktator sogar mit Adolf Hitler (12).

Der moralische Ausnahmezustand im wiedervereinigten Deutschland erreichte solche Ausmaße, dass am Ende sogar tief verwurzelte kulturelle Traditionen in Mitleidenschaft gezogen wurden: Der traditionelle Höhepunkt des rheinischen Karnevals fiel 1991 aus. Die Rosenmontagszüge wurden abgesagt.

Mit der Deutschen Einheit war die Bundesrepublik eine kontinentale Großmacht mit weltpolitischem Gewicht geworden. Die Zeit, in der sie mit Verweis auf die schreckliche Geschichte des NS-Regimes eine machtpolitische Sonderrolle spielen konnte, war jetzt vorbei. Und das neue Deutschland war eingebunden in die multilateralen und supranationalen Strukturen der Atlantischen Allianz und der Europäischen Gemeinschaft. Damit konnten sich die Deutschen den daraus entstehenden Solidaritätspflichten nicht mehr entziehen.

Zugleich aber lag weiter der Schatten der NS-Vergangenheit über dem Land, der eine besondere zivile Tradition der Außenpolitik begründete. Auch der Einfluss idealistisch-pazifistischer und amerikakritischer Grund-

stimmungen machte sich zunehmend bemerkbar. Hinzu traten Ängste vor einer weltweiten Umweltkatastrophe, die sich in apokalyptischen Szenarien einer neuen Eiszeit niederschlugen, die angeblich zu erwarten war, wenn die kuweitischen Ölquellen in Brand gesetzt würden. Dabei zeigte sich, dass gerade im Osten des Landes, in den »neuen Ländern«, pazifistische und amerikakritische Haltungen besonders verbreitet waren. Manchen galt weniger der Überfall Saddams auf den Ölstaat Kuwait als der von den USA angeführte Militäreinsatz als Hauptproblem. Wohl zeigten die Umfragen der Demoskopien, dass knapp zwei Drittel der Deutschen das Vorgehen der internationalen Koalition gegen Saddam billigten. Zugleich aber waren drei Viertel der Auffassung, ihr Land solle sich nicht aktiv am Krieg beteiligen (13).

In dieser Gemengelage zu einer außenpolitischen Neuorientierung zu finden, die den besonderen friedenspolitischen Verpflichtungen und Traditionen ebenso Rechnung trug wie den machtpolitischen Anforderungen an eine europäische Großmacht, musste schwierig sein und war ohne Verwerfungen gar nicht zu leisten. Mit dem Golfkrieg hatte die raue Wirklichkeit der internationalen Politik die von der Friedensdividende nach dem Ende des Kalten Kriegs noch ein wenig benebelten Deutschen rasch eingeholt und ihnen gezeigt, dass der Zerfall der alten Ordnung auch neue Konflikte und neue Gefahren hervorbrachte. Schon bald sollte sich herausstellen, dass das kein Einzelfall bleiben würde.

## 1.2 DIE NEUE BUNDESREGIERUNG UND DER »AUFBAU OST«

Angesichts der klaren Mehrheit von Union und FDP im ersten gesamtdeutschen Bundestag hatte sich die Regierungsbildung erstaunlich lange hingezogen. Vor allem die Forderung der durch die Wahl gestärkten FDP nach einem Niedrigsteuergelände in der ehemaligen DDR belastete die Verhandlungen über Wochen.

Der neuen Regierung gehörten am Ende drei Bundesminister an, die aus den neuen Ländern kamen. Neben dem früheren Verhandlungsführer der DDR-Regierung bei den Gesprächen um den Vertrag über die Deutsche Einheit, Günther Krause, der jetzt das Verkehrsressort übernahm, waren das Bildungsminister Rainer Ortleb (FDP) und Angela Merkel. Helmut Kohl hatte in der früheren stellvertretenden Regierungssprecherin von Lothar de Maizière ein politisches Talent ausgemacht und sie zur Bundesministerin für Frauen und Jugend berufen (14). Sie profitierte von der Auflösung

des großen Ressorts für Frauen, Familie, Jugend und Gesundheit, das jetzt dreigeteilt wurde. Gerda Hasselfeldt wurde Gesundheitsministerin, Hannelore Rönsch übernahm »Familie und Senioren« und Angela Merkel bekam das kleine Ressort für »Frauen und Jugend«.

Ansonsten blieb personell vieles beim Alten. Außenminister war weiterhin Hans-Dietrich Genscher, das Innenressort behielt Wolfgang Schäuble. Der nach dem Attentat vom Oktober 1990 an den Rollstuhl gefesselte Schäuble würde freilich schon Ende des Jahres 1991 die Rolle von Alfred Dregger als Fraktionsvorsitzender der Unionsfraktion im Bundestag übernehmen. Während Theo Waigel erneut das Finanzressort erhielt, war die Nominierung des umtriebigen, aber auch umstrittenen Jürgen Möllemann (FDP) zum Wirtschaftsminister nicht unbedingt erwartet worden. Verteidigungsminister blieb Gerhard Stoltenberg, das Sozialministerium wurde weiter von Norbert Blüm geleitet. Rudolf Seiters führte das Kanzleramt und Klaus Töpfer übernahm erneut das Umweltressort.

Zwar hatte sich die FDP mit ihrer Forderung nach einem Niedrigsteuergebiet am Ende nicht durchsetzen können. Doch dass der »Aufbau Ost« große Anstrengungen erforderte und den wichtigsten Schwerpunkt der Regierungsarbeit ausmachen musste, war allen klar. Zu groß waren die Erwartungen in Ostdeutschland und zu gewaltig die sozialen Probleme, die sich dort schon wenige Monate nach der Einheit auftaten.

Gemessen am Ausmass der neuen Herausforderungen waren freilich Verlauf und Ergebnis der Koalitionsverhandlungen eher enttäuschend. An grundlegende Festlegungen zur mittelfristigen Finanzierung der gewaltigen Transfers in die neuen Länder wagte man sich nicht heran. Dazu hätte das Eingeständnis gehört, dass eine Bewältigung der ungeheuren Lasten, die als Folge der Einheit auf die Deutschen zukamen, ohne Steuererhöhungen nicht zu leisten war. Tatsächlich glaubte man wohl noch immer an einen raschen wirtschaftlichen Aufholprozess in den neuen Ländern, der sich aus dem Wirtschaftswachstum im Westen, das durch den Einheitsboom kräftig gefördert wurde, finanzieren ließe.

Dass Helmut Kohl die Chance nicht genutzt hat, am Beginn der neuen Legislaturperiode, als sein Ansehen als »Kanzler der Einheit« noch im Zenit stand, die Menschen in Deutschland auf die Schwierigkeiten der kommenden Jahre einzustellen und besonders die Westdeutschen auf die unvermeidlichen Belastungen vorzubereiten, ist ihm danach häufig als strategischer Fehler vorgeworfen worden. Später sei das Versäumte nicht mehr nachzuholen gewesen (15). Offenbar aber hat Kohl selbst das Ausmaß der wirtschaftlichen Verwerfungen in den neuen Ländern erst im Laufe des Jahres 1991 begriffen.

Von der Einführung der sozialen Marktwirtschaft im Osten hatten sich viele ehemalige DDR-Bürger einen baldigen wirtschaftlichen Aufschwung und eine rasche Angleichung der Lebensverhältnisse versprochen. Helmut Kohl hatte diese Hoffnungen mit seinem Wort von den »blühenden Landschaften«, die dort binnen weniger Jahre entstehen würden, noch verstärkt (16). Die soziale Wirklichkeit im Osten aber sah schon zu Beginn des Jahres 1991 ganz anders aus. Kein Wunder, dass sich bald Unzufriedenheit regte.

Erst Anfang März 1991 legte die Bundesregierung dann den Plan für ein »Gemeinschaftswerk Aufbau Ost« vor, der ein gewaltiges Konjunkturprogramm beinhaltete. Es bestand aus einem Hilfsprogramm für die ost-deutschen Länder und Kommunen, das die Wirtschaft ankurbeln und die Arbeitslosigkeit bekämpfen sollte und sah Maßnahmen der regionalen Wirtschaftsförderung und der Arbeitsbeschaffung vor. Besonders gefördert werden sollten Aufbau und Ausbau der maroden Infrastruktur, vor allem im Verkehrsbereich. Hier wollte man einzelne, besonders wichtige Projekte durch Bundesgesetze rasch voranbringen, um zeitaufwendige Genehmigungsverfahren umgehen zu können. Auch besondere Fördermaßnahmen für die Bauwirtschaft wurden festgelegt (17).

Kurz zuvor hatte der Kanzler dann doch Steuererhöhungen angekündigt und damit sein Versprechen aus dem Bundestagswahlkampf revidiert. Zur Begründung verwies er auf die besonderen Lasten, die durch den Golfkrieg und die deutschen Finanzierungspflichten entstanden seien. Besonders überzeugend war das nicht.

Da der schon bestehende Fonds Deutsche Einheit zur Finanzierung des Aufbau Ost bei weitem nicht ausreichte, beschloss die Bundesregierung jetzt auch einen zunächst befristet erhobenen Solidaritätszuschlag von 7,5 Prozent auf die Lohn-, Einkommens- und Körperschaftssteuer. Dazu kamen Erhöhungen der Mineralöl- sowie der Versicherungssteuern. Die Mineralölsteuer wurde zum 1.7.1991 gleich um 25 Pfennig angehoben. Bald darauf wurde auch die Tabaksteuer erhöht. 1992 kam es zu einer zweiten Erhöhung der Versicherungssteuer (18). Zum 1. April 1991 wurden auch die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung heraufgesetzt. Zu den Steuererhöhungen kam jetzt also auch noch die Erhöhung der Lohnnebenkosten.

Die Ankündigung von Steuererhöhungen und die Krise im Osten führten umgehend zu einem politischen Klimasturz. In den Umfragen stürzte die Union zwischen Januar und April 1991 von 48 Prozent auf 36 Prozent ab (19). Das Ansehen des Kanzlers war lädiert. Die Phase, in der Helmut Kohl auch von der linksliberalen Presse wegen seiner Verdienste um die Einheit anerkennend gewürdigt worden war (»Glückwunsch Kanzler«), war bereits wieder vorbei. Stattdessen höhnte SPIEGEL-Herausgeber

Rudolf Augstein jetzt wieder über das »Gewurstel« in der Wirtschafts-, Sozial- und Finanzpolitik.

Im April 1991 verlor die Union die Landtagswahl in Rheinland-Pfalz. Neuer Regierungschef wurde dort der Sozialdemokrat Rudolf Scharping. Schon im Januar war es in Hessen zu einem Regierungswechsel gekommen. Mit dem knappen Wahlsieg für Rot-Grün war dort die politische Karriere von Walter Wallmann zu Ende gegangen. Sein Amt übernahm Hans Eichel (SPD), der mit den von Joschka Fischer geführten Grünen eine Koalition bildete (20). Im Bundesrat verfügte die SPD jetzt über eine Stimmenmehrheit.

Wenige Wochen später beschloss der Bundestag mit knapper Mehrheit von 338 zu 320 Stimmen den Umzug von Regierung und Parlament nach Berlin. Damit fand am 20. Juni 1991 ein monatelanges Tauziehen sein Ende. Während die Befürworter des Umzugs auf die deutsche Geschichte und das den Berlinern in der Zeit der Teilung gegebenen Versprechen verwiesen, hielten die Bonn-Befürworter dagegen, dass sich mit dem Rheinland als Sitz der politischen Kapitale die beste Zeit einer deutschen Demokratie verbinde. Bonn sei darüber weit mehr geworden als Sitz eines »Provisoriums«. Berlin dagegen bleibe auch mit den dunklen Seiten der deutschen Geschichte verbunden.

Am Ende gaben die Stimmen der PDS den Ausschlag. Eine – knappe – Mehrheit in der Unionsfraktion stimmte für Bonn. Ähnlich lagen die Verhältnisse in der SPD. Hätte es das besondere Wahlrecht für die erste gesamtdeutsche Bundestagswahl nicht gegeben, wäre die Abstimmung vermutlich anders ausgefallen. Die PDS wäre dann nicht in den Bundestag gekommen. Wohl aber die Grünen in voller Fraktionsstärke. Sie waren im Westen mehrheitlich für Bonn.

Bis der Umzug dann tatsächlich realisiert werden konnte, vergingen freilich noch etliche Jahre. Erst im Sommer 1999 ging es definitiv vom Rhein an die Spree. Der Bundesrat folgte erst im Jahr darauf. Er hatte sich 1991 erst einmal für Bonn entschieden. 1996 wurde diese Entscheidung wieder korrigiert (21).

### 1.3 DIE KRISE IN DEN NEUEN LÄNDERN UND DIE TREUHAND

Dass mit der deutsch-deutschen Wirtschafts- und Währungsunion ein Großteil der DDR-Betriebe ihre Konkurrenzfähigkeit eingebüßt hatte und gewaltige Arbeitsplatzverluste die Folge sein mussten, hatte sich bereits in der zweiten Jahreshälfte 1990 gezeigt. Schon unmittelbar nach der Währungsunion kam es im Juli 1990 zu einer gewaltigen Finanz und Liquiditätskrise der DDR-Betriebe. 7 500 Betriebe beantragten allein für diesen Monat 23,5 Milliarden DM Kreditmittel. Eingeräumt hatte das formal noch gar nicht zuständige Bonner Finanzministerium der DDR-Treuhand aber nur eine Kreditlinie von zehn Milliarden (22).

Im Herbst 1990 fiel die Industrieproduktion in der nun ehemaligen DDR gegenüber 1989 auf die Hälfte; im Frühjahr 1991 erreichte sie nur noch etwa 30 Prozent des Standes von 1989. Verglichen mit dem ersten Halbjahr 1990 lag das ostdeutsche BIP im zweiten Halbjahr 1991 bei 56, die industrielle Nettoproduktion nur noch bei 36 Prozent. Immerhin stiegen Anlageinvestitionen und Inlandsnachfrage durch die hohen Subventionen aus dem Westen danach wieder an (23).

Dieser Einbruch war nicht nur die Folge der Einführung der DM, die die meisten Betriebe der neuen Länder vor unlösbare Probleme stellte. Hinzu kamen die desolate Situation der meisten Unternehmen, die überwiegend mit einem verschlissenen oder technologisch veralteten Maschinenpark arbeiteten, und der Zusammenbruch der Binnennachfrage, weil die ostdeutschen Verbraucher jetzt fast durchgängig Westprodukte bevorzugten. Das galt 1990/1991 selbst dann, wenn die Ostprodukte tatsächlich konkurrenzfähig waren. Auch die gewerkschaftliche Politik der Lohnangleichung musste die Ostprodukte zusätzlich verteuern. Und die Konzentration der westlichen Subventionen auf die Förderung der Konsum- und der Bau-nachfrage half der ostdeutschen Industrie wenig (24). Auch die Geschäftspolitik westdeutscher Großhandelsketten, die der ostdeutschen Landwirtschaft zunächst keine angemessenen Lieferverträge anbieten mochten, spielte eine Rolle.

Mit Beginn des Jahres 1991 verschärfte der Einbruch des Exports in die RGW-Staaten die Talfahrt der ostdeutschen Wirtschaft weiter. Anfang 1990 hatten die Mitgliedsländer des RGW beschlossen, ihre wirtschaftlichen Transaktionen ab 1991 nur noch in konvertierbarer Währung abzuwickeln. Das führte praktisch zum Versiegen des wirtschaftlichen Austauschs. Die ostdeutschen Exporte in diese Länder sanken 1991 auf ein Viertel des Niveaus von 1990. Wenig später war es der Zusammenbruch der Sowjetunion,